

KLIMAWANDEL – EIN KOMPLEXES POLITISCHES PROBLEM

Christian Hübner

Der globale Klimawandel ist real und entfaltet schon jetzt eine verheerende Wirkung. Politisch besonders brisant ist dabei, dass gerade Entwicklungsländer, die bisher am wenigsten zum Klimawandel beigetragen haben, am stärksten betroffen sind. Darüber hinaus ist nicht absehbar, welche Eigendynamiken der Klimawandel noch in Gang setzen kann. So könnte das Abschmelzen des Grönlandeisschildes, eine großflächige Versteppung des Amazonas-Regenwaldes oder die Schwächung des Nordatlantikstromes grundlegende Prozesse des Erdsystems zum Nachteil des Menschen verändern.

Eine Ursache für den Klimawandel liegt in den menschlich verursachten klimaschädlichen Treibhausgasen (THG), die eine zunehmende Erhöhung der globalen Durchschnittstemperatur zur Folge haben. Trotz dieser Erkenntnis ist es jedoch noch nicht gelungen, den THG-Ausstoß global zu reduzieren. Im Gegenteil, dieser hat sogar zugenommen, wie Abbildung 1 aufzeigt. Auch ein leichtes Sinken als Folge der Wirtschafts- und Finanzkrise im Nachgang täuscht nicht darüber hinweg, dass eine fundamentale Kehrtwende im globalen CO₂-Ausstoß noch nicht erreicht wurde.

KLIMA- UND UMWELTSCHUTZ

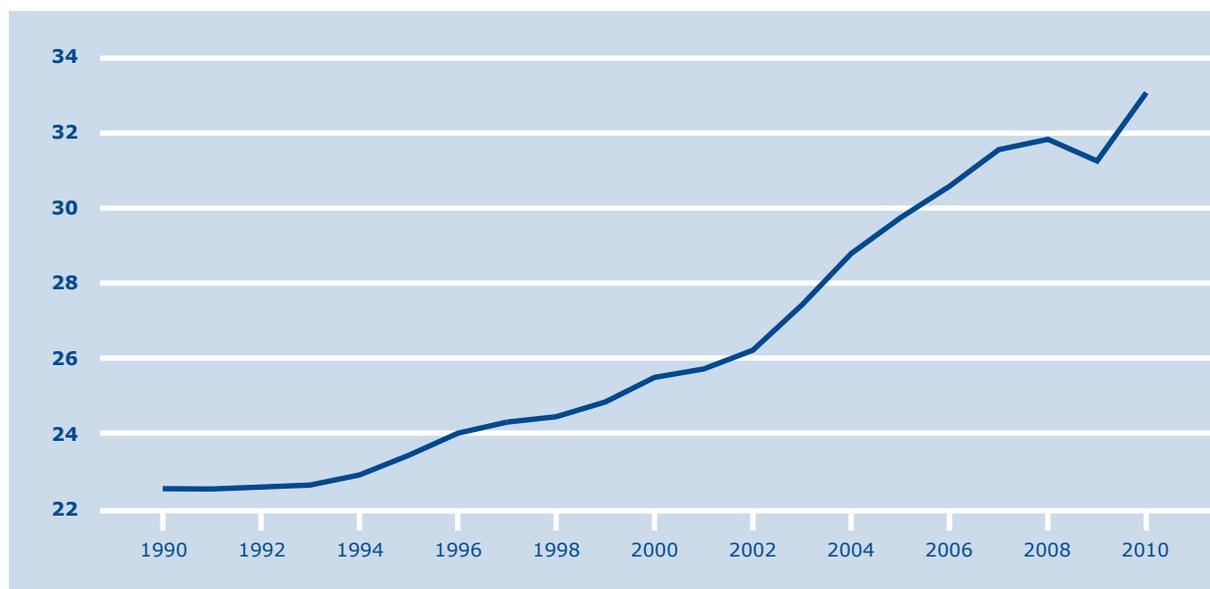
Zur Vermeidung eines gefährlichen Klimawandels müssen klimaschädliche THG reduziert werden. Dieser Ansatz gestaltet sich jedoch als äußerst schwierig, da Wirtschaftswachstum bislang immer mit einem erhöhten Ausstoß klimaschädlicher THG verbunden war. Die Reduktion von klimaschädlichen Emissionen wird deshalb mit wirtschaftlichen Einschränkungen gleichgesetzt. Das führt zu politischen und industriebasierten Widerständen.

Weltweit wird mit einer Vielzahl ökonomischer Instrumente versucht, Anreize zur Entkoppelung des Wirtschaftswachstums von klimaschädlichen THG-Emissionen zu erreichen. Diese Versuche können gegenwärtig als gesellschaftliche Lernphase beschrieben werden, da die Instrumente in der Theorie sehr verlockend sind, sie in der Praxis jedoch naturwissenschaftliche Zusammenhänge nicht ausreichend berücksichtigen und die institutionellen Voraussetzungen dafür vor allem in Entwicklungsländern nur selten gegeben sind.

So wird beispielsweise noch zu wenig berücksichtigt, dass der Klimawandel innerhalb des Ökosystems Erde in einer komplexen Abhängigkeit zu einer Vielzahl

ENERGIEBEDINGTE CO₂-EMISSIONEN WELTWEIT

in Milliarden Tonnen



Eigene Darstellung | Datenquelle: BP Statistical Review of World Energy 2011

anderer Elemente, wie zum Beispiel der Biodiversität, steht. Ökonomische Instrumente, die wirtschaftliche Anreize für eine Reduktion klimaschädlicher THG setzen, laufen dabei Gefahr, diese ebenso wichtigen Elemente des Erdsystems zu beschädigen. Beispielsweise werden Walderhalt und -aufbau genutzt, um CO₂ aus der Atmosphäre zu binden. Außerdem wird vermehrt Biomasse zur Energiegewinnung genutzt. Beide Ansätze können die klimaschädlichen THG-Emissionen verringern, belasten jedoch auch die Biodiversität. In der Konsequenz ist eine zusätzliche Belastung der Widerstandsfähigkeit des Erdsystems gegenüber natürlichen Klimaschwankungen zu erwarten. Eine weitere Problematik entsteht durch die Ausweitung der Nutzung von Biomasseflächen, welche den Nahrungsmittelanbau verdrängt. Ökonomische Klimaschutzinstrumente wie zum Beispiel das VN-Programm zur Reduktion von Emissionen aus Entwaldung und Schädigung von Wäldern (Reducing Emissions from Deforestation and Forest Degradation, REDD) setzen zudem intakte ordnungspolitische und rechtsstaatliche Institutionen voraus, um einen Missbrauch der dafür aufgewendeten Gelder zu vermeiden. Vor allem in Entwicklungsländern sind diese jedoch kaum vorhanden.

Die komplexen Abhängigkeiten zeigen, dass der Klimawandel einer umsichtigen fachgerechten Antwort bedarf sowie den wirtschaftlichen und institutionellen Voraussetzungen der jeweiligen Regionen gerecht werden muss.

KLIMA UND ENERGIE

Grundvoraussetzung für die wirtschaftliche Entwicklung und damit des Wohlstands einer Gesellschaft ist Energie. Der Wohlstand heutiger Industrieländer ist u.a. auf die technologischen Entwicklungen in der Nutzung endlicher Energieträger wie Erdöl, Kohle, Erdgas oder Uran zurückzuführen. Die Kehrseite dieser Energieversorgung ist jedoch der schon jetzt sichtbare weltweite Klimawandel, der unsere Umwelt und damit die Schöpfung gefährdet. Die christliche Pflicht zur Bewahrung der Schöpfung verlangt somit gerade in der Energiepolitik ein neues Denken des Einzelnen für das Allgemeinwohl. In einer offenen Gesellschaft muss dieses Denken aber auch Bürgerrechte, die Fähigkeiten einer Volkswirtschaft, die dramatisch steigende Energienachfrage in Schwellen- und Industrieländern, sowie die Energiearmut in Entwicklungsländern einschließen.

Weltweit haben sich in der jüngsten Vergangenheit viele Länder im Hinblick auf die Erfüllung von Klimazielen und die Sicherung der Energieversorgung für den Ausbau und die Weiterentwicklung der Atomtechnologie entschieden. Dem gegenüber steht ein Ereignis, das die Atomtechnologie fundamental in Zweifel zieht. Im März dieses Jahres kam es in Japan zu schweren Beben mit verheerenden Folgen. In deren Folge geriet ein Kernkraftwerk im japanischen Fukushima außer Kontrolle. Die tatsächlichen Folgen für die Region insgesamt sind bis heute nicht absehbar. Dieses Ereignis führte vor Augen, welche Risiken mit der Verwendung von Atomtechnologie verbunden sein können.

Deutschland beschloss Mitte dieses Jahres mit dem Ausstieg aus der Atomtechnologie den Einstieg in das Zeitalter der Erneuerbaren Energien. Erneuerbare Energien sind zusammen mit der Steigerung der Energieeffizienz der Schlüssel für eine klimagerechte und nachhaltige Energieversorgung. Sie sind durch ihre ökologischen Eigenschaften in der langfristigen intergenerationellen Betrachtung schöpferisch und deshalb den fossilen Energieträgern aus ethischer Sicht vorzuziehen. Der schrittweise Ersatz konventioneller Energieträger durch Erneuerbare Energien und die ständige Verbesserung der Energieeffizienz kann den dramatischen Entwicklungen des Klimawandels entgegenreten und auch zukünftigen Generationen eine lebenswerte Umwelt sichern. Darüber hinaus bieten sie einen Ausweg aus der Endlichkeit fossiler Energieträger.

International wurde die Entscheidung Deutschlands mit großer Aufmerksamkeit beobachtet. So ist Deutschland ein Industrieland und damit in einem erheblichen Maße auf eine sichere Energieversorgung angewiesen. Im Vordergrund des internationalen Interesses an Deutschland stehen vor allem die wirtschaftlichen Vorteile, die mit einer auf regenerativen Energien basierenden Wirtschaft verbunden sind. So verringert die zunehmende Substitution von endlichen Energieträgern durch heimische Erneuerbare Energien die Importabhängigkeit und stärkt den strategischen Wettbewerbsvorteil im Bereich der Erforschung und Entwicklung von Erneuerbaren Energien. Mit Blick auf den globalen Klimaschutz könnte aber gerade dieser Umstand das entscheidende Signal für ein verstärktes Engagement anderer Industrie-, aber auch Schwellenländer sein.

Globale Klimapolitik

Die maßgebliche Plattform für globale Klimaschutzverhandlungen ist heute die Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (United Nations Framework Convention on Climate Change, UNFCCC). Sie geht zurück auf die Weltnachhaltigkeitskonferenz der Vereinten Nationen von 1992, bei der der Klimawandel als ein ernstes globales Umweltproblem neben dem Verlust der Biodiversität und der zunehmenden Verwüstung politisch anerkannt wurde. Im Rahmen der jährlich stattfindenden Vertragsstaatenkonferenzen (Conference of Parties, COP) der UNFCCC wird darüber verhandelt, wie der globale Klimawandel aufgehalten werden kann. Innerhalb der ersten zehn COPs konnte dabei trotz mühsamer Debatten und vereinzelter Rückschläge mit dem Kyoto-Protokoll ein umfassendes Abkommen beschlossen werden, das einen Teil der Vertragsstaaten der UNFCCC dazu verpflichtet, ihre klimaschädlichen Treibhausgase im Zeitraum zwischen 2008 und 2012 im Vergleich zu 1990 zu reduzieren. Obwohl das Protokoll nicht alle Industrieländer beinhaltet, zeigt es doch, dass ein globaler Klimaschutz möglich ist und Industrieländer, wie z.B. Deutschland, die ihre klimaschädlichen Emissionen reduziert haben, deswegen keine wirtschaftlichen Einbrüche erleiden mussten.

Die gegenwärtige Phase der COP-Verhandlungen gestaltet sich indes sehr schwierig. Bei der COP13 in Bali im Jahr 2007 wurde ein ambitionierter Bali Action Plan entworfen, der den Weg für ein globales Klimaabkommen ebnen sollte. Erstmals sollten dabei auch verstärkt die Schwellen- und Entwicklungsländer einbezogen werden. Ziel war es, auf der COP15 in Kopenhagen im Jahr 2009 ein umfassendes Kyoto-Nachfolgeabkommen zu beschließen. Das Ergebnis ist hinlänglich bekannt, ein umfassendes Abkommen konnte nicht beschlossen werden. Stattdessen wurde ein so genannter Copenhagen Accord vereinbart, der formal betrachtet allerdings nur eine politische Erklärung darstellt. Neben dem enttäuschenden Ergebnis wurde auch deutlich, dass sich die klimapolitischen Gewichte neu verteilt haben. Die Europäische Union, bislang mit teilweise auch einseitig initiierten Maßnahmen ein Treiber des weltweiten Klimaschutzes, konnte in Kopenhagen ihr Gewicht nicht optimal zum Einsatz bringen. Nach diesem ernüchternden Ergebnis reisten die Teilnehmer der COP16 mit geringen Erwartungen nach Cancún (Mexiko). Durch eine Reihe beschlossener Maßnahmen und die politische Anerkennung des Zwei-Grad-Ziels, das die Erhöhung der durchschnittlichen Erdtemperatur zur Verhinderung eines gefährlichen Klimawandels auf zwei Grad begrenzen soll, gelang es jedoch wieder, Impulse für einen globalen Beschluss zum Schutz des Klimas

zu setzen. Inwieweit diese bei der COP17 in Durban (Südafrika) oder bei nachfolgenden Verhandlungen zu einem globalen Klimaschutzabkommen führen, ist jedoch nicht absehbar.

In der Gesamtbetrachtung müssen die Klimaverhandlungen vor allem auch als Bestandteil des größeren globalen Nachhaltigkeitsprozesses betrachtet werden, der 1992 in Rio begann und im kommenden Jahr auf 20 Jahre zurückblicken wird. Die Klimaverhandlungen stehen damit exemplarisch, nicht zuletzt durch ihre regelmäßige Medienpräsenz, für ein Kernproblem, das sich in der Zusammenführung von Ökonomie und Ökologie artikuliert und politisch gelöst werden muss. Inwiefern bei der Rio+20 Konferenz 2012 das Thema „Green Economy“ dabei helfen wird, bleibt abzuwarten.